

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: 03.04.2004, 13.30 Uhr

**Europäischer Aktionstag, 3. April 2004**  
Berlin, Köln, Stuttgart

**Kundgebung Berlin**  
**Bernard Thibault** – Vorsitzender der CGT  
(Allgemeiner Bund der Arbeit)

Liebe Freunde, liebe Kollegen,

zunächst einmal möchte ich mich bei den Kollegen des DGB für die Gelegenheit bedanken, hier auf dieser großen Demonstration zu euch sprechen zu können.

Ich freue mich sehr, hier zu sein, und zwar aus mindestens zwei Gründen:

- Zum Ersten, weil in diesem Moment in Frankreich ebenfalls Zehntausende von Arbeitnehmern in mehr als 50 Städten für soziale Gerechtigkeit demonstrieren.
- Zum Zweiten, weil ihr durch diese Aktion der Gewerkschaftsbewegung zu mehr Einfluss verhilft. Die Gewerkschaften haben sich heute überall in Europa versammelt, um gemeinsam auf die unbefriedigende Situation der Arbeitnehmer hinzuweisen.

Es gibt etwas, das einem sofort ins Auge springt, wenn man sich Europa ansieht. In vielen Ländern ist „Reform“ zum Modewort schlechthin geworden.

Rentenreform, Sozialreform, Arbeitsmarktreform, Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe oder auch der öffentlichen Dienstleistungen. Werden diese Reformen dabei helfen, die Probleme in Europa zu lösen? Werden mit Hilfe dieser Reformen soziale Ungerechtigkeiten beseitigt, die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft, das Wirtschaftswachstum gesichert? Ehrlich gesagt, ich glaube das nicht.

Wir haben gemeinsam festgestellt, dass es meistens die Arbeitnehmer sind, die den größten Anteil der Reformkosten tragen, dass die Meinung der Arbeitgeber mehr zählt als die der Gewerkschaft, wodurch sich die soziale Situation in Europa ständig verschlechtert und weit davon entfernt ist, sich zu verbessern.

Den Gewerkschaften kommt die Aufgabe zu, auf diese Situation aufmerksam zu machen und über andere mögliche Antworten aufzuklären.

Dies ist nicht der geeignete Moment, um die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, denn in den Schulen, in den Krankenhäusern und in der Forschung ist der Bedarf größer denn je.

Genauso wenig ist es jetzt angebracht, sich vom guten Willen der multinationalen Konzerne beeindrucken zu lassen, die nur an ihren finanziellen Spielraum denken und von heute auf morgen eine Fabrik von der Landkarte verschwinden lassen und damit auch die Menschen, die dort arbeiten.

Egal ob man ein deutscher, italienischer, spanischer oder französischer Arbeitnehmer ist, ob man in Rumänien oder Polen arbeiten will: Wir haben ein Recht darauf, dass man unsere Würde als Arbeitnehmer respektiert.

Da wir nichts haben als unsere Arbeit, um uns und unsere Familie zu ernähren, haben wir ein Recht darauf zu bekräftigen, dass das Projekt Europa sich auf Wirtschaftswachstum, Arbeit und sozialen Fortschritt konzentrieren sollte.

Unsere Mobilisierung ist eine Art Warnsignal.

Ein Warnsignal für die europäischen Institutionen, die sich mehr um die Konkurrenz und um die Wirtschaft sorgen als um die soziale Situation.

Ein Warnsignal für unsere Regierungen. Die politisch Verantwortlichen sollten über das, was in Spanien geschehen ist, und über das, was sich gerade in Frankreich anbahnt, einmal nachdenken.

In einer Demokratie kann man nicht ungestraft mit Hilfe von Lügen regieren, man kann nicht eine ungerechte Reform nach der anderen durchsetzen, die auf die Schwächsten abzielen, seien es Arbeitslose, Rentner oder junge Menschen ohne Aussicht auf Arbeit.

Sich nicht das Ausmaß der sozialen Not in Europa klarzumachen ist der beste Weg, um Ängste und Groll zu schüren und rassistische und fremdenfeindliche Verhaltensweisen und nationalistische Bewegungen jeder Art zu unterstützen.

Kurz gesagt, das Leugnen dieser harten sozialen Realität bedeutet, die Demokratie und damit Europa zu schwächen.

So kurz vor der EU-Erweiterung und angesichts der Bindungen, die zwischen unseren Gewerkschaften, also denen der Union und denen der Beitrittsländer, bestehen, müssen wir unser gemeinsames Bemühen um eine solide Basis für europäische Sozialgarantien nochmals bekräftigen. Sie beinhalten starke Arbeitnehmerrechte, den sozialen Dialog, kollektive Verhandlungen, für alle zugänglichen Leistungen der Daseinsvorsorge und ein hohes Maß an sozialem Renten- und Gesundheitsschutz.

Dies alles bildet das Herzstück des europäischen Sozialmodells. Es ist unser höchstes Gut und zweifellos der wichtigste Antrieb für den Beitritt der Arbeitnehmer aus den EU-Beitrittsländern.

Sozialdumping ist schon seit langem Teil der Strategien transnationaler Konzerne. Dagegen kann man nur ankämpfen, wenn man sich für die unbedingte Anerkennung grundlegender Rechte der Arbeitnehmer einsetzt, wie sie von der Internationalen Arbeitsorganisation formuliert worden sind. Das ist eines der wichtigsten Ziele im Rahmen der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, die auch innerhalb der erweiterten EU gestärkt werden muss.

Um das Ziel einer dauerhaften und qualitativ hochwertigen Vollbeschäftigung in ganz Europa zu erreichen, muss der europäische Stabilitätspakt tiefgreifend modifiziert werden, da er ein Hindernis für Wachstum und Beschäftigung darstellt.

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene muss öffentlichen Investitionen mehr Spielraum gegeben werden, muss man sich für eine zukunftsorientierte Industriepolitik einsetzen, für abgestimmte Investitionen in große Infrastrukturen, für eine Forschungs- und Innovationspolitik und eine Bildungspolitik des lebenslangen Lernens. Letztere sollten nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt und mit den nötigen Geldmitteln ausgestattet werden.

Um ein Wirtschaftswachstum zu erzielen, das Arbeitsplätze schafft für den sozialen Fortschritt und für eine gute Integration der neuen Mitgliedsländer sind koordinierte europäische Politiken nötig. Der EU-Haushalt reicht gegenwärtig nicht aus und seine aktuelle Struktur ist ungeeignet für ihre Finanzierung.

So kurz vor der nächsten institutionellen Erweiterung der Europäischen Union müssen unsere Gewerkschaften gemeinsam mit dem CES (französischer Wirtschafts- und Sozialrat) mobilisiert werden, damit Europa durch den neuen Vertrag eine wahrhaft soziale Dimension bekommt und nicht nur eine Freihandelszone bleibt, die hauptsächlich der Bereicherung der multinationalen Konzerne dient. Ich erinnere mich an Tausende von Demonstranten auf den europaweiten Demonstrationen von Porto, Nizza, Brüssel und Barcelona, die seit 2000 stattgefunden haben.

Dank dieser Demonstrationen und dem Eingreifen der Gewerkschaftsbewegung, vereint durch den Europäischen Gewerkschaftsbund, konnten wir wahre Fortschritte in Bezug auf die Ziele und Werte der EU sowie die Charta der Grundrechte erreichen.

Dennoch sind diese Fortschritte unserer Auffassung nach nicht ausreichend und müssen im sozialen Bereich, in Fragen transnationaler Gewerkschaftsrechte, öffentlicher Dienstleistungen und Leistungen der

Daseinsvorsorge noch verstärkt und erweitert werden. Ein hoher Stellenwert sozialer Inhalte muss bereits auf der Ebene der grundlegenden Prinzipien zum Ausdruck kommen und Eingang in die Verfassung der EU finden. Soziale Solidarität und sozialer Zusammenhalt müssen gegenüber den dogmatischen Konzepten von Konkurrenz überwiegen.

Die Demonstrationen heute, hier und in Frankreich, aber auch in Brüssel, Rom, London, Bratislava, Ljubljana und in vielen anderen europäischen Städten, zeugen vom Willen der Arbeitnehmer, die Wirtschafts- und Sozialpolitik ihrer jeweiligen Regierungen und der europäischen Institutionen zu ändern.

Dieser Wille, der einhellig zum Ausdruck gebracht wird, muss erhört werden!

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit und wünsche euch vollen Erfolg für eure täglichen gewerkschaftlichen Kämpfe.